

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas

Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer leben seit vielen Jahren in einer Region mit offenen Grenzen und Freizügigkeit ist für uns europäisch gelebter Alltag. Dies ist möglich, weil wir unser Zusammenleben in Europa auf ein stabiles Fundament von Werten und Normen wie Freiheit, Fairness, Toleranz und Frieden bauen können. Diese Grundwerte sollen auch weiterhin jungen Menschen Möglichkeiten und Perspektiven eröffnen, um ihr Leben selbstbestimmt, demokratisch und in Freiheit gestalten zu können. Seit vielen Jahren ist dies europäische Selbstverständlichkeit und wir wollen uns dafür einsetzen, die Demokratie, die Freiheit und den Zusammenhalt zwischen den Menschen in Europa aufrecht zu erhalten und auszubauen.

Die Werte- und Friedensordnung in Europa wird derzeit durch den Angriffskrieg in der Ukraine in Frage gestellt. Er setzt junge Menschen neuen Ängsten und Situationen aus und erinnert ältere Menschen an längst überwunden geglaubte Zeiten. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die Vielschichtigkeit komplexer ökonomischer, politischer, ökologischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge und Konsequenzen deutlich werden und zeigt auf, wie essenziell die Wahrung der auf Konsens und Verständigung basierenden Ordnung auf dem europäischen Kontinent für Frieden und Wohlstand der Menschen in Europa ist. Diesen Frieden gilt es jetzt wiederherzustellen und zu bewahren.

Wir tragen Verantwortung für unsere Jugend, denn sie ist sowohl unsere Gegenwart als auch unsere Zukunft. Deshalb soll ihr eine tragende Rolle für die Ausgestaltung des friedlichen Zusammenlebens auf dem europäischen Kontinent und in der Europäischen Union zukommen. Nur wenn die kommenden Generationen in europäischer Überzeugung aufwachsen, aus ihr heraus partizipieren und ihr gemeinsames Europa mitgestalten, ist eine friedvolle Zukunft gesichert.

Hierfür ist es unerlässlich, auf verschiedenen Ebenen innerhalb und außerhalb des schulischen Bildungssystems niedrigschwellige Angebote zu unterbreiten, die den europäischen Gedanken bewusstmachen und von klein auf stärken. Rheinland-Pfalz ist durch seine historische Bedeutung und geographische Lage Vorreiter. Das gilt es zu erhalten und auszubauen.

Der Landtag stellt fest:

Die Bedeutung eines Europas der Regionen ist zu stärken und weiter umzusetzen. Allen jungen Menschen sollen die Vorteile eines friedlichen und freizügigen Europas zuteilwerden können. Rheinland-Pfalz hat den Weg eines Europas ohne Grenzen in den letzten Jahren kontinuierlich verfolgt. Gemeinsam mit ihren Partnern aus dem Bildungsbereich, der Zivilgesellschaft, des Sports, der kommunalen Partnerschaften und der vielschichtigen interregionalen Zusammenarbeit unterbreitet die Landesregierung vielfältige Angebote, um Europa auch und gerade für junge Menschen konkret erlebbar zu machen.

Der Landtag begrüßt,

- dass 2022 durch das Europäische Parlament und den Europa-Rat auf Vorschlag der EU-Kommission als Europäisches Jahr der Jugend ausgerufen wurde – hierdurch entsteht eine stärkere Aufmerksamkeit auch in der Öffentlichkeit;
- in diesem Zusammenhang die Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission auf die Jugendförderung innerhalb des übergeordneten Ziels, die europäische Lebensweise zu stärken;
- den Willen der Europäischen Kommission zur Dynamisierung der Demokratie in Europa – hierzu gehören der Schutz der Rechtsstaatlichkeit sowie die Pressefreiheit und Medien-Pluralismus;
- die nachhaltige Förderung des Europahauses Marienberg und viele weitere Formate der europapolitischen Bildung;
- die Förderung von Jugendmainstreaming auch vor dem Hintergrund des Europäischen Jahrs der Jugend durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration;
- die beabsichtigte Stärkung der europäischen Jugendwerke durch einen institutionell geförderten Jugendaustausch, sowie Erasmus+ und die Neuauflage der Interrail-Tickets durch den Bund;
- die von Rheinland-Pfalz bereits unternommenen Schritte der Völkerverständigung von klein auf erlebbar zu machen, zum Beispiel durch grenzüberschreitenden Sprachunterricht, bilinguale Kindertagesstätten, das deutsch-französische Abitur (Abibac), die grenzüberschreitend mögliche Aus- und Weiterbildung, Studiengänge an der Universität der Großregion oder weiterer internationaler Studiengänge im Land.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Mittel und Möglichkeiten für den Jugendaustausch vollständig auszuschöpfen und dafür auf Grund der Corona-Pandemie vorhandene Restmittel aus dem Vorjahr zu verwenden.
- das Europäische Jahr der Jugend aktiv in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.
- in Zukunft Möglichkeiten zu prüfen, den Austausch mit Jugendlichen aus der Ukraine und aus Russland zu fördern, um die Werte eines friedlichen und demokratischen Europas auch in diesen Ländern zu unterstützen.
- die Europabildung in Schulen weiter aktiv zu unterstützen, denn nur durch die Vermittlung des „europäischen Gedankens“ kann europafeindlichen Gesinnungen entgegengetreten werden.
- das erfolgreiche Konzept der Europaschulen in Rheinland-Pfalz fortzuführen und weiterzuentwickeln.
- weiterhin in attraktiven analogen und digitalen Formaten Informationen über Europa zu verbreiten und für das Europa der Menschen in Schulen, Hochschulen, Vereinen und bei allen Bürgerinnen und Bürgern zu werben.
- dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, auch und gerade im Austausch zwischen den Schülerinnen und Schülern in Pandemie-Zeiten.

- die Stärkung der Position des Europäischen Ausschusses der Region zu unterstützen, um die Bedeutung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften für die Umsetzung europäischer Politik zu unterstreichen.
- die erfolgreichen Begegnungsformate junger Menschen im Rahmen des 4er-Netzwerks fortzuführen und auszubauen.
- weiterhin Bildungsfahrten für Europaschulen an europapolitisch bedeutsame Orte zu fördern und auszubauen.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber